



Artikel drucken

16.05.2007 05:00

Koppentraun wird geschützt

Wegscheider verteidigt sein Modell und betont, dass keine Gewinnverluste bezahlt worden seien. Grüne bekräftigen ihre Kritik.

UTE GROSS

Im Sommer des Vorjahres tauchte erstmals die Idee auf, dem Projektwerber die Kosten für das Koppentraun-Kraftwerk abzulösen. Der Bad Ausseer Stadtchef Otto Marl bezeichnete diesen Vorschlag damals wörtlich als "blanken Unsinn" - der kleine, aber bedeutende Unterschied: Landesrat Manfred Wegscheider hatte ursprünglich gemeint, dass die Ausseerlandgemeinden in ihre eigenen Kassen greifen sollen. Jetzt hat bekanntlich das Land gezahlt.

Die aufzubringende Summe wurde im Vorjahr von dem potenziellen Kraftwerksbetreiber, Robert Zotter selbst und auch von den befassten Politikern mit rund 155.000 Euro angegeben. Wobei Zotter vor gut 365 Tagen gegenüber der *Kleinen Zeitung* eine finanzielle Entschädigung als "rechtlich nicht möglich" eingestuft hat und am Projekt festhalten wollte.

Beschlossen hat die Landesregierung am Montag (mit den Stimmen der SPÖ-Mehrheit) die Zahlung von 425.000 Euro zuzüglich der Anwaltskosten des Projektwerbers in der Höhe von rund 18.000 Euro. Auf die Frage, wie es innerhalb eines Jahres zu dieser exorbitanten Kostensteigerung gekommen ist, antwortet Landesrat Manfred Wegscheider: "Gezahlt werden nur die tatsächlichen Aufwändungen des Projektwerbers, Gewinnverluste zahlen wir keine. Die anfangs kolportierten 155.000 Euro waren nur die tatsächlichen Projektvorbereitungskosten. Dazu sind aber etwa noch Zahlungen für Gutachten gekommen, die Zotter im Auftrag des Landes beibringen musste." Die Positionen seien klar aufgelistet und auch vom Verfassungsdienst des Landes geprüft worden. Wegscheider verteidigt seine Ausstiegsvariante: "Bei Ablehnung hätte uns der Projektwerber geklagt, bei Zustimmung vermutlich die EU wegen Nichteinhaltung von Naturschutzrichtlinien. Beides wäre uns wesentlich teurer gekommen." Aber: Jetzt wird laut Wegscheider die Koppentraun unter Schutz gestellt, "denn nach der erzielten Einigung haben wir den Verdacht der Anlassgesetzgebung vom Tisch." Rechtlich sei das Kraftwerk nicht zu verhindern gewesen, das habe ihm auch die Umweltschützerin gesagt.

Grüne Kritik

Diese Darstellung bezweifeln die Grünen: "Das Naturschutzgesetz bietet Spielraum und wir sind überzeugt, dass ein negativer Bescheid möglich gewesen wäre. Wenn Wegscheider jetzt selber eine Klage durch die EU befürchtet, untermauert das nur unsere Einschätzung", so Obersteiermarksprecher Lambert Schönleitner. Die Grünen hätten in der Naturschutzabteilung auf die rechtlichen Möglichkeiten aufmerksam gemacht, aber kein Gehör gefunden. Die finanzielle Abgeltung sei "ein Wahnsinn" und die Summe so hoch, wie das Jahresbudget der Umweltschutzabteilung für Gutachten für Projekte in der gesamten Steiermark. "Ich bleibe dabei, der Naturschutz in der Steiermark ist heruntergekommen. Wegscheider soll darüber nachdenken, den Leiter der Naturschutzabteilung auszuwechseln und sich um qualifiziertes Personal umschauen", so Schönleitner im O-Ton.